



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Vom Reichstag. Der Zwischenfall Kaempf. Die Entschädigung der Farmer in Südwestafrika. Das Handelsprovisorium mit Amerika. Der Fall Grandinger. Frankreich und Japan.)

Der Reichstag hat in der letzten Woche sehr eifrig und schnell gearbeitet. Seine Geschäftigkeit steht in merkwürdigem Gegensatz zu den in die Länge und Breite gezogenen Debatten vor Ostern. Wäre man damals nur etwas mehr bestrebt gewesen, den Verhandlungen einen engeren Rahmen zu geben, so wäre es wohl möglich gewesen, noch manche wichtige Vorlage, z. B. das Gesetz über die Behandlung der Majestätsbeleidigungen, bis Pfingsten zu erledigen. Nun hat sich der Reichstag so lange bei überflüssigen Reden aufgehhalten, daß er mit genauer Not noch den Etat durchberaten kann, wenn er nicht nach Pfingsten noch einmal zusammenkommen will. Darauf will man sich aber unter keinen Umständen einlassen, und so sind die Herren Volksvertreter herzlich froh, daß sie einmal wieder die Vertagung des hohen Hauses statt des Schlusses durchgesetzt haben. Man braucht nun nicht in der heißen Jahreszeit weiter zu tagen, hat die bisher geleistete Arbeit in den Kommissionen glücklich in den nächsten Herbst hinübergerettet, die freie Fahrt für die Sommerferien gesichert und kann nun auf den parlamentarischen Vorbeeren ausruhen und die bösen Menschen auslachen, die da meinen, daß es eigentlich recht wenig sei, was der neue Reichstag in seinem ersten Tagungsabschnitt zustande gebracht hat.

Nun wollen wir nicht ungerecht sein und gern zugeben, daß der Reichstag in Anbetracht seines verspäteten Zusammentritts nicht allzuviel vornehmen konnte, und daß darum die Ausdehnung der Session über den Sommer hinaus, also die Vertagung während der Sommermonate, in jedem Falle diesmal gerechtfertigt erschien. Auch schlossen die Beratungen des Reichstags manche wichtige Entscheidung ein, wie die Errichtung des selbständigen Reichskolonialamtes, die Genehmigung zum Bau der Bahn Kubub—Keebmanshoop, die Entschädigung der südwestafrikanischen Farmer usw. Ferner haben wir anerkannt, daß die Haltung des Reichstags bei der Militärdebatte und bei der Debatte über die auswärtige Politik würdig und verständlich war. Deshalb wird man über manches Unerfreuliche leichter hinwegsehen können.

Der nationale Block wird freilich in der öffentlichen Meinung überwiegend mit Mißtrauen betrachtet. Vielleicht geschieht das schon deshalb, weil sehr viele Beurteiler unzutreffende Begriffe mit der sogenannten „konservativ-liberalen Paarung“ verbinden und insolgedessen zu viel davon erwarten. Man darf aber sagen, daß der Block in allen wichtigen Fragen bisher nicht versagt hat. Es sind freilich Zwischenfälle eingetreten, in denen sich die nicht wegzuschaffenden Gegensätze zwischen konservativer und liberaler Anschauung geltend machten. Damit wird man natürlich immer rechnen müssen, und vielleicht werden solche Erscheinungen gerade dann die kurioseste Form annehmen, wenn die Überzeugung, in allen entscheidenden nationalen Fragen die Parteitradition zurückstellen zu müssen, sich allen Beteiligten in besondrer Stärke aufdrängt. Ein Beispiel dafür haben wir in der seltsamen Präsidentenkrisis im Reichstage erlebt. Der Vorgang, der den zweiten Vizepräsidenten des Reichstags, Kaempf, veranlaßte, sein Ehrenamt niederzulegen, darf zwar als bekannt angenommen werden, doch mag hier wenigstens kurz daran erinnert werden, daß der Ausgangspunkt des Zwischenfalls durch die Ordnungskrise, die Herr Kaempf dem Abgeordneten Ledebour erteilt hatte, gegeben wurde. Der genannte sozialdemokratische Abgeordnete gehört zu denen, die den recht dürftigen Gedankeninhalt ihrer Reden durch ein marktschreierisches Pathos zu verdecken suchen. Seine Reden pflegen dem Zuhörer „auf die

Nerven zu fassen", und wenn er dann an einen Punkt gerät, wo die künstlich markierte Leidenschaft eine Steigerung fordert, ohne daß in dem Gedankengang selbst ein geeignetes Motiv dazu zu finden ist, so ist der Schritt in das Gebiet des Unparlamentarischen sehr leicht vollzogen. Dabei kommt bei allen Rednern dieser Art die Gewöhnung an den "Sauerdenton" ihrer Volksversammlungen. Das Unangenehmste, was dieser Spezies von Rednern begegnen kann, ist im entscheidenden Augenblick, wo die Entgleisung droht, eine Unterbrechung durch den Vorsitzenden, die in irgendeinem glücklichen Sarkasmus die hohle Gespelztheit des Redners wie mit einem Blitzstrahl beleuchtet und die besten Pointen eines solchen, den Volkstribunen spielenden Schreiers im Gelächter des Hauses begräbt. Die Gabe, einen heftig deklamierenden Redner mit einem Witzwort von seiner eingebildeten Höhe herunterzuholen, hatte seinerzeit Graf Wallestrem in besonderer Maße. Herr Kaempff dagegen hat weniger die Fähigkeit, durch Humor einem Angriff auf die Ordnung und die Würde des Hauses die Spitze abzubreaken. Mancher Abgeordnete mag es bedauern, daß das Präsidentenamt in dieser Hand mit solcher Strenge gehandhabt wird, aber man kann die glückliche Kunst, die der Humor zu üben versteht, nicht zur obligatorischen Voraussetzung der Ausübung der parlamentarischen Präsidentengewalt machen. Vielmehr muß jedenfalls anerkannt werden, daß der Präsident innerhalb seiner Befugnisse bleibt, wenn er Äußerungen, die gegen die Würde des Hauses verstoßen, durch Ordnungsruf rügt. Der Vizepräsident Kaempff hatte dem Abgeordneten Ledebour drei Ordnungsrufe erteilt, und das Haus hatte nun darüber abzustimmen, ob dem Redner das Wort entzogen werden solle oder nicht. Es versteht sich von selbst, daß diese Abstimmung nicht den Sinn haben kann, zu bestimmen, wie weit der Präsident in diesem Falle bei der Ausübung seiner Gewalt die Privatmeinung der einzelnen Abgeordneten getroffen hat, sondern daß sie zu einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für oder gegen den Präsidenten wird. Man sollte es darum kaum für möglich halten, daß ein Präsident bei solcher Gelegenheit von seinen eignen Gefinnungsgenossen im Stich gelassen wird. Und doch ist dieses Kunststück von den Freisinnigen vollbracht worden. Sie desavouierten zum großen Teil Herrn Kaempff und ließen den Abgeordneten Ledebour trotz des dreimaligen Ordnungsrufes weiter sprechen. Herr Kaempff zog daraus die einzig mögliche Konsequenz und legte sein Amt nieder, natürlich nur, um bei der Neuwahl mit großer Mehrheit wiedergewählt zu werden. Diese Komödie hätten die Freisinnigen im eignen Interesse dem Hause ersparen können und müssen. Aber man geht wohl nicht fehl, wenn man dieses mangelnde Verständnis für die praktischen Erfordernisse der Lage in einer aus verschiednen Parteiorganisationen zusammengesetzten politischen Körperschaft auf eine Eigentümlichkeit der linksliberalen Anschauungsweise zurückführt, mit der man rechnen muß, die man aber nicht tragisch nehmen darf. Man wird es bei dem Doktrinarismus dieses Parteiflügels immer in den Kauf nehmen müssen, daß diese Herren in irgendeiner möglichst unpraktischen Weise für die überflüssige Verlängerung einer Debatte sorgen oder sonst irgendwie einer straffern Handhabung der Geschäftsordnung entgegenwirken, weil sie glauben, dies ihren Parteigrundsätzen und der politischen Freiheit schuldig zu sein. Solange sie aber in allen wichtigen nationalen Entscheidungen mit den Mittelparteien und der Rechten zusammenstehen, ist zur Beunruhigung kein Grund, und es wäre vielleicht besser, sich mit diesem Tatbestand zu begnügen und abzufinden, als die theoretische Frage der Berechtigung und Beständigkeit des nationalen Blocks allzuviel zu erörtern.

Unter den Kolonialfragen, die der Reichstag in der letzten Woche behandelt hat, ist die Frage der Entschädigung der südwestafrikanischen Farmer immer einer besondern Teilnahme gewürdigt worden. Sie hat mit Parteigrundsätzen nichts zu tun, wenigstens gehört eine sehr künstliche Gedankenführung dazu, die Frage

mit einem Parteiprogramm in Verbindung zu bringen. Man kann der Meinung sein, daß bei solchen Entschädigungsfragen lediglich die formelle Berechtigung, der buchstäbliche Rechtsanspruch maßgebend sein darf, und daß bei jedem Hinausgehen über diesen starren Rechtsstandpunkt die Gefahr einer gefühlsmäßigen Behandlung nahe gerückt erscheint, die aus den Entscheidungen über die Verwendung öffentlicher Gelder notwendig ferngehalten werden muß. Jeder wirtschaftliche Unternehmer — so argumentiert man — muß das volle Risiko seiner Unternehmungen auf sich nehmen und darum auch mit den Umständen rechnen, unter denen er zu arbeiten hat. Wer sich am Wesub ansiedelt, muß gewärtig sein, daß ihm seine Weinberge und sonstigen Anpflanzungen einmal durch Lavaströme verschüttet werden können. Und wer in ein unzivilisiertes Land geht, um dort sein Glück zu machen, darf nicht überrascht sein, wenn die Barbarei der Eingebornen seine Hoffnungen und Entwürfe in Trümmer schlägt. Nun liegt aber in Südwestafrika die Sache anders. Wenn deutsche Ansiedler dorthin gegangen sind, so haben sie das in keinem Falle völlig auf ihr eigenes Risiko hin getan, sondern in der berechtigten Erwartung, daß das Reich als Schutzmacht für das ausgedehnte Gebiet wenigstens so viel aufwenden werde, daß die notwendigsten Voraussetzungen für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bevölkerung und für die Autorität des Reichs erfüllt werden könnten. Es sind schuldhafte Unterlassungen des Reichs, seiner Organe und seiner Volksvertretung, die die Ansiedler im südwestafrikanischen Schutzgebiet über das Maß der etwa zu erwartenden Rückschläge, Schwierigkeiten und Unglücksfälle hinaus geschädigt und sie um die Früchte mehrjähriger Arbeit gebracht haben. Das Reich hat nun, um die schwer gefährdeten Kolonien trotzdem zu erhalten, viele Hunderte von Millionen an Geldmitteln geopfert, ganz zu geschweigen von den Opfern an Blut und Menschenleben, die der Aufstand gekostet hat. Wenn dazu noch einige weitere Millionen notwendig sind, um einen soliden Grund für die fernere Zukunft der Kolonie zu legen, so kann der trockne Rechtsstandpunkt allein dabei gar nicht in Frage kommen. Das Reich hat deshalb mit Zug und Recht diese Entschädigungssumme für die Ansiedler gefordert, und es wäre bei dieser Beratung wohl angebracht gewesen, daß der Reichstag die geforderte Summe ohne Kleinlichkeit des Reichstags zu verdanken, daß die Bahn von Lüderitzbucht in das Innere nicht rechtzeitig gebaut und die Kriegsführung um viele Millionen nutzlos verteuert worden ist. Unter solchen Umständen war es wohl nicht nötig, die Kosten die doch zur Grundlegung eines neuen Wirtschaftsbetriebes in der Kolonie dienen sollen, um zwei Millionen zu kürzen. Die bloße Rechtsfrage der Entschädigung hätte überhaupt ausgeschaltet werden können. So wie die Verhältnisse nun einmal liegen, wird man sich allerdings freuen, daß wenigstens fünf Millionen zu den früher schon gezahlten fünf Millionen bewilligt worden sind.

Das deutsch-amerikanische Handelsprovisorium muß noch einmal erneuert werden; auch diese Frage, die für Deutschland recht unerquicklicher Natur ist, hat den Reichstag beschäftigt. Noch immer sind die Grundlagen für einen ersprächlichen Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht gefunden. Eigensinnig behauptet die Senatsmehrheit in Washington ihren Standpunkt, daß Deutschland auf die amerikanische Einfuhr angewiesen sei, das umgekehrte Bedürfnis aber für Amerika nicht die Bedeutung habe, die man in Deutschland teilweise annehme. Die deutsche Handelswelt scheut davor zurück, eine ernste Probe auf die Haltbarkeit der amerikanischen Auffassung zu machen. Das allzu leichtherzige Drängen unsrer Agrarier nach einem Zollkriege mit Amerika hat jenseits des großen Wassers keinen großen Eindruck gemacht, es hat aber unsre Handelskreise und die ihnen politisch nahestehenden Parteien veranlaßt, ihre Sorge vor den Folgen eines Zollkriegs allzu ängstlich zur Schau zu tragen. Infolgedessen hat es unsre Regierung nicht leicht,

die gesamtdeutschen Interessen so zu wahren, daß sie allen Wünschen gerecht wird. Sie darf auch die allgemeine politische Lage nicht außer acht lassen und muß die freundlichen Bemühungen des Präsidenten Roosevelt anerkennen, einen wirklichen Ausgleich der Interessen herbeizuführen und berechnete Klagen der deutschen Importeure in Amerika abzustellen. So bestehen allerdings triftige Gründe genug, es jetzt noch einmal mit einem Provisorium zu versuchen. Die Hoffnung, daß während der Dauer dieses neuen Provisoriums eine feste Basis für eine dauernde handelspolitische Verständigung gewonnen wird, ist bei alledem nicht besonders groß.

Gegenwärtig lenkt das politische Leben schon in die stillere Sommerzeit ein; nur die bayrischen Landtagswahlen werden wohl noch einigen Lärm mit sich bringen. Bei den Vorbereitungen dazu hat es einen bemerkenswerten Zwischenfall gegeben. Der katholische Geistliche Grandinger hat sich als liberaler Kandidat aufstellen lassen und damit natürlich bei dem auf das Zentrum eingeschwornen bayrischen Klerus schweres Argernis erregt. Seine Widersacher haben es endlich durchgesetzt, daß der Erzbischof von Bamberg, Dr. von Albert, einen Brief an Grandinger schrieb, worin er ihm seine Bedenken wegen des Eintretens für die liberale Sache aussprach und ihn davon abmahnte, bei diesem Entschluß zu beharren. Grandinger hat sich aber vorerst nicht einschüchtern lassen, sondern seine Kandidatur aufrecht erhalten. Der Fall selbst darf gewiß nicht überschätzt werden, interessant ist aber doch, mit welchem Jubel das Vorgehen des Erzbischofs in der ultramontanen Presse begrüßt worden ist — desselben Erzbischofs, der in der Wahlzeit nach allen Richtungen hin verunglimpft wurde, weil er sich erlaubt hatte, das Bündnis des Zentrums mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie zu tadeln. Damals wurde in den klerikalen Blättern jedem, der es hören wollte, klar gemacht, daß der Erzbischof durch seine Einwirkung auf eine politische Frage seine Befugnisse überschritten habe, und daß der ihm unterstellte Klerus durch die Kundgebung des Oberhirten gar nicht gebunden sei. Jetzt hat der Erzbischof einen Pfarrer, der weiter nichts getan hat, als daß er sein Staatsbürgerrecht außerhalb des kirchlichen Gebiets und durchaus nicht gegen die Kirche ausübt, seine Meinung gesagt, und nun hören wir aus demselben Munde, der sich über die Rechte eines katholischen Oberhirten soeben noch höchst despektierlich ausgesprochen hat, die Autorität des Kirchenfürsten in allen Tonarten preisen. Gewiß keine überraschende Erscheinung im politischen Kampf, aber doch etwas für das Notizbuch des Politikers.

In der auswärtigen Politik ist es sehr beachtet worden, daß die französische Regierung die Öffentlichkeit darüber verständigt hat, daß man in Verhandlungen mit Japan eingetreten ist, um sich gegenseitig den Besitzstand in Ostasien zu gewinnen und eine Handhabe zur Vermeidung künftiger Verwicklungen zu gewinnen. Bei uns ist diese Nachricht sehr ruhig aufgenommen worden, und das mit Recht. Denn diese Verständigung enthält keine Spitze gegen eine andre europäische Macht und ist offenbar dem Wunsch entsprungen, eine neue Gelegenheit zur Beseitigung von Reibungsflächen zu erhalten, die, wie man zugeben muß, Frankreich unter Umständen sehr unbequem werden können. Für uns ändert sich dadurch in der weltpolitischen Lage in Wahrheit nichts, und es ist erfreulich, daß unsre öffentliche Meinung dies erkennt und nichts von der Nervosität gezeigt hat, mit der in der letzten Zeit jede uns nicht direkt berührende Verständigung zwischen fremden Mächten aufgenommen worden ist. Deshalb brauchen wir uns über die wirklichen Gefahren, von denen wir umgeben sind, noch lange nicht zu täuschen.

Bücher. Es hat schwerlich zu irgendeiner Zeit mehr Bücher gegeben als heutzutage. Aber sie haben dadurch nicht viel gewonnen. Es ist ihnen gegangen wie andern guten und angenehmen Dingen, von denen wir mit der Zeit allzuvielen bekamen — sie sind zu Nummern geworden, die nichts persönliches mehr haben.

In den Leihbibliotheken haben sämtliche Bände schwarze Pappereinbände und grüne Nummerchilder, und bei Engelhorn oder Reclam oder andern äußerst nützlichen Bibliotheken haben sie nicht nur alle dasselbe Äußere, sondern auch innen alle dasselbe Papier und denselben Druck. Sie sehen genau wie Waisenfinder aus, die alle in derselben Uniform stecken. Ja — ist nicht schließlich ein Buch so etwas wie ein Waisenkind, das in der Welt herumgestoßen wird, bis es (aber wie selten!) einen sorglichen und liebevollen Besitzer findet oder eben in einer Bibliothek ein staubiges Dasein fristet — als Nummer.

Wie falsch ist das doch. Wenn wir nicht die Zuneigung zu leblosen Dingen als sentimental hinzustellen liebten, würde ich sagen: wie herzlos! Es ist durchaus nicht gleichgiltig, in welcher Form wir ein Werk der Literatur genießen, durchaus nicht natürlich, wenn wir den Trank, den ein Dichter uns bietet, aus unsauberem Glase trinken! Liebt man einen Schriftsteller, so sollte man zu zartfühlend sein, als daß man seine Gedanken in häßlichem, wohl gar zerrissenem Gewande herumlaufen läßt. Die Gedanken stehen zwar über der Form, aber diese gehört doch dazu und muß zu ihnen passen — gerade wie beim Menschen auch. Kluge, gute Menschen in geschmacklosen, fleckigen Kleidern zu sehen, ist und bleibt unsympathisch, wenn man sich auch zwanzigmal sagt: *L'habit ne fait pas le moine*. Ebenso wichtig sollte uns die ästhetische Harmonie unserer Bücher sein.

Unmöglich ist das keineswegs, sogar nicht einmal besonders schwierig heute. England hat den Anfang gemacht mit einer schönen, individuellen Ausstattung des Buches. Auch bei uns arbeiten jetzt Verleger, Künstler, Buchbinder an der Hebung der „Kultur des Buches“. Aber man hält diese neuen Ausgaben noch für einen Luxus, den sich nur besondere und wohlhabende Bücherliebhaber gestatten können. Liebhaber — hier liegt es, es gibt so wenig Bücherliebhaber, Bücherfreunde!

In unserer eiligen Zeit begnügen sich die meisten damit, den Inhalt eines Buches eilig kennen zu lernen; danach legt mans beiseite und liest eilig ein andres. Nach dem Aussehen fragt man nicht, so wenig wie danach, wem es eigentlich gehört. Wir finden es „unästhetisch“, wenn man hastig und von zerbrochnem Geschirr essen oder sich seine Teller und Kochtöpfe borgen wollte; aber ist es denn nicht ebenso unästhetisch, seine geistige Nahrung aus beschmutzten oder immer nur aus geborgten Büchern zu genießen? Von den berüchtigten Leihbibliotheksbänden will ich noch gar nicht sprechen. Aber auch in den besten Familien werden die Bücher nicht besser durch vieles Verleihen. Ganz abgesehen davon, daß es für jemand, der viele Bücher hat und sie also wahrscheinlich liebt, eine Zumutung ist, sein Eigentum so kommunistisch verwenden zu sollen!

Denn zu seinen Büchern steht man in ganz persönlichem Verhältnis oder sollte es wenigstens tun. Jeder Mensch könnte und sollte in diesem Sinne ein Bücherfreund sein, ganz gleich, ob seine Bibliothek zwanzig oder zweihundert Bände umfaßt, ob er in einem Jahre fünf oder fünfzig Mark dafür ausgeben kann. Gerade diese persönliche Liebe fordert die individuelle Ausstattung und Sorgfalt für das einzelne Buch. Schriftsteller, die man nicht leiden mag, stellt man sich nicht in den Schrank; aber solche Werke, die man liebt, möchte man in angemessenem Gewande mit durchs Leben nehmen. Sie können uns Freunde sein, trotz dem besten lebenden, und deshalb ist es nicht nur Schönheitsgefühl, sondern Anstands- und Freundespflicht, was uns veranlassen sollte, unsern Büchern eine schöne und gediegne Ausstattung zu geben.

B. Göring

